

AußenwirtschaftsNews - USA

02/2025

Mit unserer monatlichen Veröffentlichung AußenwirtschaftsNews informieren wir Sie in kompakter Form über wichtige wirtschaftliche und politische Entwicklungen auf Auslandsmärkten. Die AußenwirtschaftsNews gibt es derzeit für unsere Fokus-Regionen USA, China sowie Mittel- und Osteuropa.

1 Konjunktur

- Die US-Wirtschaft ist im letzten Quartal 2024 auf Jahresbasis um 2,3 Prozent gewachsen. Obwohl die Dynamik zum Jahresende etwas nachgelassen hat, übernimmt Präsident Trump immer noch eine Wirtschaft, die sich in einem gesunden Tempo entwickelt, auch wenn die Zinssätze und die Inflation nach wie vor hoch sind. Im Jahresdurchschnitt wuchs das Bruttoinlandsprodukt der USA 2024 um 2,5 Prozent.
- In den USA wurden 2024 weiterhin stetig neue Arbeitsplätze geschaffen, insgesamt 2,2 Millionen. Das ist eine Abschwächung gegenüber dem Beschäftigungswachstum von 3 Millionen im Jahr 2023, 4,5 Millionen im Jahr 2022 und einem Rekordwert von 6,4 Millionen im Jahr 2021, als sich die Wirtschaft von massiven Entlassungen aufgrund von COVID-19 erholte.
- Die US-Wirtschaft wird auch 2025 der Wachstumsmotor der Welt bleiben, erwarten IWF-Ökonomen, auch wenn Unsicherheiten in der Handels- und Einwanderungspolitik Inflationsrisiken schaffen. Der jüngste Weltwirtschaftsausblick prognostiziert für die USA ein robusteres Wirtschaftswachstum als noch vor drei Monaten. Grund dafür sei eine starke Konsumnachfrage und ein Produktivitätswachstum. Der IWF prognostiziert für die USA ein BIP-Wachstum von 2,7 Prozent im Jahr 2025.
- Die Inflationsrate stieg im Januar im Jahresvergleich überraschend auf 3,0 Prozent. Die Kerninflationsrate lag bei 3,3 Prozent im Vergleich zum Vorjahresmonat. Damit sinkt die Wahrscheinlichkeit, dass die Federal Reserve Bank den Leitzins herabsetzt, wie von Trump gefordert. Die Notenbank beließ den Leitzins im Januar unverändert bei 4,25 bis 4,50 Prozent.
- Die Industrieproduktion stieg im Dezember um 0,9 Prozent, nachdem sie im Vormonat um revidierte 0,2 Prozent gestiegen war.
- Die Bauwirtschaft muss in diesem Jahr 439.000 neue Arbeitskräfte anwerben, um die Nachfrage zu decken. Andernfalls steigen die Kosten. Die verstärkte Einwanderung während der Biden-Regierung war ein Segen für die Bauindustrie, in der es ständig an Arbeitskräften mangelt. Doch mit den härteren Maßnahmen der Trump-Regierung gegen die Einwanderung könnte sich dieser Fortschritt umkehren. Das Thema gewinnt an Dringlichkeit, da weite Teile von Los Angeles nach verheerenden Bränden wieder

aufgebaut werden müssen. Auch für den bevorstehenden landesweiten Bauboom bei Rechenzentren werden Ressourcen benötigt.

2 Handelspolitik

- US-Präsident Trump hat am 01. Februar 2025 Zusatzzölle erlassen:
 - auf alle Importe aus Mexiko in Höhe von 25 Prozent,
 - auf alle Importe aus Kanada in Höhe von 25 Prozent (ausgenommen Energie-Importe wie Rohöl, Erdgas und Kohle: 10 Prozent),
 - auf alle Importe aus China in Höhe von 10 Prozent.
- Die Zölle gegen Kanada und Mexiko sind vorerst bis 04. März 2025 ausgesetzt. Kanada und Mexiko haben die von den USA geforderten Maßnahmen unternommen, um die illegale Einwanderung und den Drogenschmuggel zu verringern.
- Außerdem wurde mit den jeweiligen Dekreten die de-minimis-Regelung abgeschafft, mit der Produkte unter 800 US-Dollar aus den drei Ländern zollfrei in die USA importiert werden konnten. Am 05. Februar 2025 hat Präsident Trump die Aufhebung der De-minimis Regelung für Produkte aus China vorläufig rückgängig gemacht, um dem Handelsministerium Zeit zu geben, ein tragfähiges Erfassungssystem zu etablieren.
- Die Zölle gegen China sind am 04. Februar 2025 in Kraft getreten. Sollten die chinesische und die US-Regierung eine Einigung erzielen, sind kurzfristige Änderungen möglich.
- China hat auf die Zusatzzölle mit Gegenzöllen und neuen Exportkontrollen für Rohstoffe reagiert: Seit 10. Februar 2025 gelten für bestimmte US-Importe nach China Zusatzzölle. Für Kohle und Flüssigerdgas werden künftig 15 Prozent zusätzlich fällig. Der Sonderzoll für Rohöl, landwirtschaftliche Maschinen und großmotorige Pkw (über 2,5 Liter Hubraum) beträgt 10 Prozent. Ebenfalls verschärft China die Exportkontrollen für wichtige Rohstoffe: Seit 04. Februar 2025 ist die Ausfuhr von bestimmten Verbindungen und Produkten aus Indium, Molybdän, Wismut, Wolfram und Tellur genehmigungspflichtig.
- Am 11. Februar 2025 kündigte Präsident Trump Zusatzzölle in Höhe von 25 Prozent auf alle Stahl- und Aluminiumimporte an. Die Zölle sollen ab 12. März 2025 gelten. Das betrifft auch die ausgesetzten US-Zusatzzölle auf Stahl- und Aluminiumimporte aus der EU. Trump hatte diese Zölle 2018 verhängt, Joe Biden hatte sie bis Ende 2025 ausgesetzt. Parallel verhandelten die EU und USA ein globales Abkommen für nachhaltigen Stahl und Aluminium, erzielten jedoch keine Einigung.
- EU-Kommission, EU-Parlament und europäische Politiker haben klar gemacht, dass Europa ab 01. April 2025 verhältnismäßige Gegenzölle in Kraft setzen werde, sollte bis Mitte März keine Verhandlungslösung gefunden werden. Bernd Lange, Vorsitzender des Handelsausschusses im EU-Parlament kündigte 50 Prozent auf Motorräder, Jeans, Erdnussbutter und Bourbon-Whiskey an. Gleichzeitig zeigte er sich optimistisch für einen Deal. Denkbar sind der vermehrte Kauf von US-Gütern wie LNG und Militärtechnik oder ein gleiches Niveau bei einigen Zöllen. Die EU erhebt derzeit bei einigen

Produkten höhere Zölle als die USA. So unterliegen derzeit Pkw-Importe aus den USA in der EU einem Zollsatz von 10 Prozent, während die USA auf Pkw-Importe aus Europa nur einen Zoll von 2,5 Prozent erheben.

- Trump kündigte an, in den nächsten Wochen über weitere Zölle zu beraten, etwa auf Autos, Computer-Chips und Pharmazeutika.
- Außerdem erklärte er wiederholt, dass er „gegenseitige Zölle“ einführen will. Die USA würden demnach Importzölle auf Produkte erheben, wenn ein anderes Land Zölle auf US-Waren verhängt. Die Höhe orientiert sich an dem geltenden Zoll des Handelspartners.

3 Allgemeine Politik

- Präsident Trump hat eine Verdoppelung der Steuersätze für ausländische Staatsbürger und Unternehmen in den USA angedroht – und zwar für Länder, die US-Bürger und -Unternehmen mit „diskriminierenden Steuern oder Zöllen“ belasten.
- Der US-Präsident hat versprochen, dass die Zinssätze während seiner Amtszeit sinken würden, und kündigte auf dem Weltwirtschaftsforum sogar an, dass die Zinssätze „sofort fallen“ sollten. Damit war es fast unvermeidlich, dass Trump die Fed attackierte, nachdem diese am 29. Januar 2025 wie erwartet für eine Beibehaltung der Zinsen gestimmt hatte. Trumps hartnäckiges Beharren auf niedrigeren Zinsen hat den Streit zwischen dem Präsidenten und Fed-Chef Jerome Powell verschärft, da die Sorge wächst, dass die Unabhängigkeit der Zentralbank, eine Säule der Marktstabilität, in Gefahr ist.
- Trump lässt die Handels-, Subventions- und Währungspolitiken anderer Staaten überprüfen, um sich so die rechtliche Grundlage für Gegenmaßnahmen zu geben.
- Trump hob am 21. Januar 2025 eine Verordnung auf, die vorsah, dass bis 2030 die Hälfte aller in den USA verkauften Neuwagen Elektroautos sein sollen. Die Autohersteller hatten sich vor allem aufgrund Bidens Schritt auf einen sprunghaften Anstieg der Nachfrage nach Elektrofahrzeugen eingestellt.

Ansprechpartner

Eva Apfel

Abteilung Volks- und Außenwirtschaft

Telefon 089-551 78-482
eva.apfel@vbw-bayern.de
www.vbw-bayern.de

Christoph Kolle

Leiter des vbw Büros New York

Telefon +1 646 237 0410
christoph.kolle@vbw.com
www.vbw.com

Hinweis:

Alle Angaben dieser Publikation beziehen sich ohne jede Diskriminierungsabsicht grundsätzlich auf alle Geschlechter.